

**Niederschrift**  
**Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr**  
**DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**  
**DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 20.03.2007
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:37 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt

---

**Anwesenheit:**

Herr Backes, Björn	SPD	
Frau Dr. Baumann, Petra	B 90 / Die Grünen	
Herr Prof.Dr. Dingeldein, Heinrich	FDP	
Frau Kaufmann, Anita	CDU	
Herr Metz, Peter	Marburger Linke	in Vertretung für Frau Darabos
Herr Dr. Musket, Ralf	SPD	
Frau Pistor, Sabine	B90/Die Grünen	in Vertretung für Frau Dr. Therre- Staal
Frau Schaffner, Karin	CDU	
Herr Scherer, August	CDU	
Frau Sell, Sonja	SPD	

**Anwesend waren**

vom Magistrat:	Herr Oberbürgermeister Vaupel
	Herr Bürgermeister Dr. Kahle
von der Verwaltung:	Herr Friedrich
	Herr Rau – Stadtwerke Marburg Consult
als Gäste für die Agenda-AGs:	Frau de la Motte – AG Verkehr
	Herr Weiss – AG Ökologie
weitere Gäste	Herr Stadtverordneter Dr. Uchtmann
	Vertreter der MNZ und OP
	3 weitere Gäste

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen Form und Frist der Einladung erheben sich keine Bedenken.

Zur Tagesordnung führt die Vorsitzende des Ausschusses aus, dass seitens der Marburger Linken ein Dringlichkeitsantrag zu dem von der Deutschen Umwelthilfe ausgerichteten Wettbewerb: „Bundeshauptstadt Naturschutz“ vorgelegt worden sei. Sie schlägt vor, diesen Antrag in der nächsten regulären Sitzung beraten zu lassen und stellt die Ergänzung der Tagesordnung zur Abstimmung:

Die Ergänzung der Tagesordnung wird mit 1 Ja-Stimme (Marburger Linke) gegen 5 Nein-Stimmen (SPD, Grüne) bei 3 Enthaltungen (CDU) abgelehnt.

Ergänzend hierzu führt Bürgermeister Dr. Kahle aus, dass die Stadt Marburg ohnehin vorhaben an dem Wettbewerb teilzunehmen und die Verwaltung bereits an der Beantwortung arbeite. Deshalb würden durch die Verschiebung der Abstimmung über diesen Antrag keine Nachteile für die Teilnahme an dem Wettbewerb entstehen.

**TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.01.2007**  
Die Niederschrift wird einstimmig angenommen.

**TOP 2 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21**

**AG Verkehr**

Für die AG Verkehr erläutert die Sprecherin der AG, Frau de la Motte, dass sich die AG derzeit inhaltlich mit der Antwort des Magistrats zum Agendaforum auseinandersetze. Zudem wünscht die AG Einzelheiten zu dem in der Zeitung angekündigten Verkehrsversuch in der Biegenstraße.

Ergänzend hierzu wird von der Vorsitzenden des Ausschusses an den tödlichen Unfall einer Radfahrerin an der Kreuzung „Cappeler Straße – Zeppelinstraße“ erinnert und gefragt, wie hier der Sachstand sei.

Hierzu erläutert Oberbürgermeister Vaupel, dass die städtischen Fahrzeuge sukzessiv mit einem Spiegel ausgerüstet werden sollen, bei dem der „tote Winkel“ vermieden werde.

Ergänzend wird von dem bei der Sitzung anwesenden Angehörigen des Unfallopfers, Herrn Weiss, ausgeführt, dass Kreuzungen für Radfahrer durch eine bessere Markierung der Radfahrstreifen sicherer gestaltet werden könnten. Auch eine geänderte Ampelschaltung, bei der die Radfahrer vor den Autofahrern „grün“ bekommen, sei denkbar und werde in einigen Städten angewendet.

Oberbürgermeister Vaupel wird von der Vorsitzenden des Ausschusses aufgefordert, in der Aprilsitzung über den Stand der Nachrüstung der Spiegel für städtische Fahrzeuge sowie über die mögliche farbliche Umgestaltung der Kreuzungen (Markierungen) zu berichten.

**AG Energie**

seitens der AG Energie ist kein Vertreter anwesend. Die Vorsitzende des Ausschusses weist auf die für den 21.03.2007 geplante Sitzung der AG zum Thema „Lokaler Klimaschutz“ hin. Interessenten seien hierzu eingeladen.

**TOP 3 Antrag der CDU-Fraktion betr. ÖPNV-Fahrplananpassung**  
**Vorlage: VO/1161/2007**

Für die antragstellende Fraktion erläutert die Stadtverordnete Schaffner den Hintergrund für die Forderungen zu einer Fahrplanumgestaltung.

Inhaltliche Erläuterungen zu den einzelnen Punkten des vorliegenden Antrages der CDU Fraktion gibt Christoph Rau, Stadtwerke Marburg Consult. Die Umstellung des Fahrplanes habe zu unvorhersehbaren Problemen geführt, die nun im Rahmen einer korrigierenden Fahrplanumstellung zum 16.04.2007 gelöst werden sollen.

**Folgende Punkte des Antrages könnten mit der vorgesehenen Fahrplanumstellung als „erledigt“ betrachtet werden:**

**Punkt 2**

*„Die Linie 3 wird von Cappel Moischer Straße über den Südbahnhof hinaus verlängert bis Wehrda Sachsenring und ersetzt damit die Linie C. Die Linie 2 fährt*

*danach nur sonntags über den Sohlgraben, wenn die Linie 3 nicht verkehrt.“*

Der Vorschlag wird modifiziert übernommen:

- Im Fahrplan ab dem 16.04.07 wird die Linie 3 eingestellt und die Linie C von der bisherigen Endhaltestelle „Stadtwerke“ bis zur Haltestelle „Moischer Straße“ verlängert.
- Der Vorschlag zur Linie 2 wird aufgenommen.

Aufgrund der Einrichtung des Gesundheitszentrums am Krekel rechnen die Stadtwerke mit einem Bedarf an Verkehrsleistung, der über die Linie 383 nicht abzudecken ist. Die Linie 383 verkehrt lediglich im 60-Minuten-Takt! Das Angebot zum P+R-Verkehr für die Innenstadt könnte damit nicht aufrecht erhalten werden

#### **Punkt 4**

*„Die Linie 2 fährt stadteinwärts nicht mehr über den Hauptbahnhof“*

Der Vorschlag wird teilweise aufgenommen, die Linie 2 fährt außerhalb der Spitzenzeiten auf der Fahrt in Richtung Cappel nicht über die Relation Hauptbahnhof. In Richtung Wehrda wird der Hauptbahnhof immer bedient.

#### **Punkt 5**

*„Es wird eine zusätzliche Fahrt um 0:42 Uhr von Wehrda Sachsenring bis zum Stadtbüro eingefügt, die um 1:00 Uhr ab Hauptbahnhof fährt.“*

Dieser Vorschlag wird übernommen.

### **Der folgende Punkt soll weiterhin geprüft werden:**

#### **Punkt 1**

*„Die Schülerbeförderung wird insbesondere für die Stadtteile Schröck und Moischt durch zusätzliche Einsatzwagen verbessert.“*

Die Bedienung des Schülerverkehrs in Richtung Innenstadt wird derzeit durch den RNV realisiert, ein zusätzliches Fahrzeug kann durch die SWM nicht gestellt werden. Dies wird durch den Linienverbund 54, 75, 81 erreicht. Mit dem RNV wird zum Thema gesprochen.

### **Folgender Punkt kann aufgrund der Beschlusslage nicht realisiert werden:**

#### **Punkt 3**

*„Die Linie 4. 11, 12, 13 und 14 werden dergestalt neu sortiert, dass durchgehende Verbindung aus den äußeren Stadtteilen in die Innenstadt bestehen.“*

Die Realisierung würde einen Rückschritt zu den alten Planungsgrundsätzen bedeuten – bevor die Chance besteht, das neue System nach der Umstellung am 16.04.07 ausreichend im praktischen Betrieb zu prüfen. Die Umsteigebeziehungen werden durch Änderung der Fahrzeitprofile besser gesichert.

Eine Umsetzung des Punktes 3 würde faktisch bedeuten, dass zusätzliche Fahrzeuge in der Innenstadt verkehren und die Haltestellen verstopfen. Zudem wäre

die Realisierung nur mit höherem Personal- und Fahrzeugaufwand und somit zu höheren Kosten möglich.

## **Diskussion**

Zur Sache sprechen die Stadtverordneten Dr. Baumann, Schaffner, Sell, Metz, Scherer, Kaufmann und Dr. Musket.

Oberbürgermeister Vaupel führt aus, dass der Punkt 3 so nicht realisiert werden kann, da dies dem ursprünglichen Ziel zuwiderlaufe.

Hierzu ergänzt Bürgermeister Dr. Kahle, dass die Beschlüsse auch wirtschaftlich darstellbar sein müssen – die Umstellung des Busfahrplanes hatte dies zum Ziel. Die jetzt vorgesehene Fahrplanumstellung sei lediglich eine Feinjustierung, um vorab nicht absehbare Probleme abzustellen.

Vor der Abstimmung wird festgehalten, dass die Stadtwerke Marburg Consult durch die Beschlussfassung den Auftrag erhalte, die Realisierung jedes Punktes zu prüfen und diese „nach Möglichkeit“ umzusetzen.

Der Antragstext wird deshalb wie folgt geändert:

*„Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Fahrplananpassung der Stadtwerke zum 16.04.2007 **nach Möglichkeit** berücksichtigt wird.“*

Die Unterpunkte 1-5 bleiben inhaltlich unverändert, für Punkt 3 gelten die oben genannten Protokollanmerkungen.

Die so geänderte Vorlage wird einstimmig angenommen.

## **Aussprache**

wird angemeldet.

### **TOP 4      Antrag der CDU-Fraktion betr. Querungshilfe - Zebrastreifen Vorlage: VO/1131/2007**

Die Stadtverordnete Schaffner erläutert die im Antrag geforderte Notwendigkeit der Querungshilfe in der Georg Voigtstraße.

Hierzu ergänzt der Stadtverordnete Metz, dass er bereits seit Jahren für eine Verbesserung der Situation für Fußgänger in der Georg-Voigtstraße eintrete und unter anderem Querungshilfen beantragt hatte. Die Gefährdung der Kinder und Schulkinder in dieser Straße seien groß – verschärft würde diese Gefährdung an den Tagen der Straßenreinigung, da an diesen Tagen die Fahrzeuge nicht wie sonst üblich halb sondern vollständig auf den Gehwegen parken würden. Bei den bisherigen Ortsterminen sei die Straßenverkehrsbehörde zu der Aussage gekommen, dass in dieser Straße keine Querungshilfen notwendig wären.

Oberbürgermeister Vaupel sagt zu, dass die Verkehrssituation im Rahmen eines Ortstermines noch einmal geprüft werden solle.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**TOP 5 + Antrag der CDU-Fraktion betr. Fahrzeuge**  
**TOP 6 Vorlage: VO/1129/2007 – und**

**Antrag Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Fahrzeuge**  
**Vorlage: VO/1148/2007**

Die Vorsitzende des Ausschusses ruft die Anträge VO/1129/2007 und VO/1148/2007 gemeinsam auf.

Inhaltlich begründen die Stadtverordneten Schaffner und Dr. Musket die Anträge – zu dem Antrag VO/1148/2007 wird zu Punkt 2 ergänzt: „Die dabei entstehenden Kosten sind transparent zu machen“.

Es wird vorgeschlagen beide Anträge zu einem gemeinsamen Antrag umzuformulieren. Der Antrag erhält folgende Textfassung:

1. *Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt zu berichten, wie viel Fahrzeuge der Stadt Marburg, einschließlich der Tochtergesellschaften, auf alternative Energiequellen (Erdgas, Rapsöl etc.) bereits umgerüstet worden sind und welchen prozentualen Anteil dies entspricht.*
2. *Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, das aufzeigt, bis wann der restliche Fuhrpark, unter Berücksichtigung der neuen EU-Richtlinien, schnellstmöglich umgerüstet werden kann und welche Kosten damit verbunden sind.*

*Der Magistrat wird beauftragt insbesondere:*

- (1) zu berichten, welche Fahrzeugtypen als Dienstwagen genutzt werden und welchen CO<sub>2</sub> - Ausstoß diese haben;*
- (2) umgehend den Umfang der Nutzung von car-sharing Angeboten zu erweitern und zu berichten, welche Fahrzeugtypen mit welchem CO<sub>2</sub> - Gehalt zum Einsatz kommen - die dabei entstehenden Kosten sind transparent zu machen;*
- (3) bei der unabdingbaren Neuanschaffung von dienstlichen Kraftfahrzeugen (PKW, Bus, LKW) vorab der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis zu geben, welches Fahrzeug erworben werden soll und mit welcher CO<sub>2</sub>-Klassifizierung. Hierbei ist Fahrzeugen mit Hybridantrieb oder alternativen Kraftstoffen wie Rapsöl, Bioethanol, Erdgas der Vorzug zu geben;*
- (4) zu prüfen und binnen 2 Monaten zu berichten, inwieweit vorhandene Dienstfahrzeuge gegen schadstoffärmere Fahrzeuge ausgetauscht oder umgerüstet werden können;*
- (5) auf die städtischen Tochterunternehmen einzuwirken, die Punkte (1) - (4) entsprechend in ihren Unternehmen umzusetzen und der Stadt vierteljährlich hierüber zu berichten;*
- (6) auf von der Stadt maßgeblich geförderte freie Träger, Vereine, Institutionen und Einrichtungen einzuwirken, ebenfalls schadstoffarme Fahrzeuge einzusetzen.*

Dem so geänderten Antrag treten alle anwesenden Fraktionen bei.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**TOP 7     Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Errichtung einer Biogasanlage**

**Vorlage: VO/1181/2007**

Der Stadtverordnete Dr. Musket erläutert das Vorhaben.

Alle Fraktionen äußern sich positiv zu dem Antragsziel und wollen dem Antrag beitreten. Vor der Abstimmung wird von der Stadtverordneten Schaffner vorgeschlagen, den in der Begründung aufgeführten letzten Absatz mit in den Antrags-text aufzunehmen. Dies wird allgemein begrüßt und der Antrag erhält folgende Textfassung.

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

*Die Stadtwerke Marburg werden beauftragt:*

- *zu überprüfen inwieweit der Standort des ehemaligen Heizkraftwerks der Universität auf den Lahnbergen zur Errichtung einer Biogasanlage geeignet scheint und inwiefern von diesem Standort aus eine Versorgung des neuen Eigentümers des Klinikums vorstellbar ist;*
- *mit dem Rhönklinikum in diesem Sinne Gespräche zwecks Versorgung mit elektrischer Energie und Wärme (und ggf. auch Kälte) aufzunehmen;*
- *ein geeignetes Konzept zur Realisierung dieser oder einer entsprechenden Anlage unter Kapitalbeteiligung Marburger BürgerInnen zu erstellen, welches für die Stadtwerke wie auch BürgerInnen gleichermaßen attraktiv erscheint;*
- *sollte sich die Biogasnutzung als nicht realisierbar erweisen sollte alternativ die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes auf Holz hackschnitzelbasis geprüft werden.*

Der so geänderte gemeinsame Antrag aller Fraktionen wird einstimmig angenommen.

**TOP 8     Verschiedenes**

Der Stadtverordnete Metz erkundigt sich nach dem Sachstand zu dem „Lärmschutzgutachten B3A“.

Hierzu erläutert Bürgermeister Dr. Kahle, dass die für das Gutachten benötigten Daten vom ASV noch nicht vorliegen.

Weitere Ergänzungen werden nicht eingebracht.

**Marburg, 22. März 2007**

Jochen Friedrich  
Schriftführer